

Die deutsche Regierung präzisiert noch einmal ihren Standpunkt in der Saarfrage wie folgt:

Die Grenzen des Gebiets, dessen Staatszugehörigkeit „en compensation de la destruction des mines de charbon dans le Nord de la France“ in Frage gestellt wird, sind so gezogen, daß es weit über das Kohlenvorkommen hinausgreift und außer diesem umfangreiche Forsten, zahlreiche Kalkwerke, Glashütten und sonstige sehr lohnende, zum Teil weltberühmte Industrien umfaßt. Diese würden durch die neuen Zollgrenzen in den Wirtschaftsinteressenkreis Frankreichs einbezogen, so daß andere, mit der Entschädigung für die zerstörten Gruben in keinerlei Zusammenhang stehende Zwecke erreicht werden. Aber auch wenn nur die Abtretung der Kohlengruben an den französischen Staat gefordert würde, so stünde auch das in keinerlei Verhältnis zu dem Zweck der Entschädigung für die zerstörten französischen Bergwerke. Die deutsche Regierung ist, wie sie bereits in ihren Noten vom 13. und 16. Mai erklärt hat und wie in der vorliegenden Denkschrift an anderer Stelle nochmals ausgeführt ist, bereit, durch Lieferungsverträge und Beteiligungen den in Rede stehenden Kohlenbedarf sicherzustellen.

Auch nach der von den alliierten und assoziierten Regierungen in ihrer Note vom 22. Mai über die Wirtschaftslage zum Ausdruck gebrachten Überzeugung wäre es ein grundlegender Irrtum, zu glauben, es sei notwendig, in einem Lande politische Oberhoheit auszuüben, um sich dadurch einen angemessenen Teil der Erzeugung sichern zu können. Eine solche Auffassung gründet sich auf kein wirtschaftliches und politisches Gesetz.

Die Abtretung wäre eine zwar schnelle, aber ungerechte Lösung dieses Problems. Der Wiederaufbau der nordfranzösischen Bergwerke wird allerhöchstens nach 10 Jahren beendet sein. Der jährliche Förderausfall, zu dessen Deckung Deutschland verpflichtet ist, wird nach den Angaben der französischen Regierung selbst in den ersten Jahren äußersten Falles 20 Millionen Tonnen pro Jahr erreichen. Die Kohlenvorräte der nordfranzösischen Gruben sind durch die Zerstörung überhaupt nicht vermindert worden. In den Saargruben sind mit Sicherheit über 11 Milliarden Tonnen Kohlen nachgewiesen, eine Menge, die ungefähr für 1000 Jahre ausreicht.

Frankreich würde also durch die Eigentumsübertragung dieser Bergwerke das Hundertfache dessen erreichen, was es selbst als das Höchstmaß seiner berechtigten Forderungen bezeichnet. Um dies durchzuführen, stellt der Friedensentwurf eine Forderung, durch die rein deutsches Gebiet vom Deutschen Reiche losgerissen, wirtschaftlich Frankreich überantwortet und der Versuch gemacht wird, es auch politisch Frankreich anzugliedern.

Es gibt keinen Industriebezirk in Deutschland, dessen Bevölkerung so bodenständig, so einheitlich und so wenig „komplex“ ist wie die des Saarreviers. Unter den mehr als 850 000 Einwohnern waren 1918 noch nicht 100 Franzosen. Seit mehr als 1000 Jahren (seit dem Vertrage von Mersen im Jahre 870) ist das Saargebiet deutsch. Vorübergehende Besitznahme durch kriegerische Unternehmungen Frankreichs